



GREEN BUDGET GERMANY

---

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

---

PRESSEMITTEILUNG VOM 27.08.2010

**ENERGIEDEBATTE:  
SUBVENTIONEN ABBAUEN STATT LAUFZEITEN VERLÄNGERN**

**FÖS FORDERT SCHLUSS MIT WIDERSPRÜCHLICHER FISKALPOLITIK UND SUBSTANZIELLE ANREIZE FÜR ENERGIEEFFIZIENZ UND ERNEUERBARE ENERGIEN**

Am heutigen Freitag legen die beauftragten Forschungsinstitute ihre Modellszenarien für ein Energiekonzept vor. Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) kritisiert aus diesem Anlass den engen Fokus der bisherigen Debatte auf die AKW-Laufzeiten. Mindestens so entscheidend seien konkrete politische Maßnahmen zur Unterstützung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien und für mehr Energieeffizienz. Denn letztlich entscheiden diese darüber, wie schnell aus der Atomenergie ausgestiegen werden könne. Die derzeitige Debatte werde daher vom falschen Ende her geführt.

Das Energiekonzept konzentriert sich auf die Frage, ob die Atommeiler 4, 12, 20 oder 28 Jahre länger laufen sollen. Zwar soll auch ein Referenzszenario berechnet werden, in dem am Atomausstieg festgehalten wird. Da bei dieser Variante aber bis auf geltende Gesetze keine weiteren energiepolitischen Maßnahmen bis 2050 einbezogen sind, hat das Szenario keine gleichberechtigte Chance und bescheinigt der Atomkraft qua Ausgangsannahme ihre Klimaschutznotwendigkeit. Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des FÖS, erklärt dagegen: **„Zahlreiche Studien belegen bereits, dass ein Wechsel auf 100 Prozent Erneuerbare auch ohne Laufzeitverlängerung bis 2050 möglich und bezahlbar ist. Jetzt kommt es darauf an, die politischen Weichen entsprechend zu stellen und die richtigen Anreize zu setzen.“**

Solange der Staat mit seinen Subventionen an veralteten Energiestrukturen festhalte und klimaschädliche Verkehrsträger begünstige, sei ein Wechsel zu einer nachhaltigen Energieversorgung nicht machbar. So hat das FÖS in einer Studie für Greenpeace errechnet, dass allein die Subventionen, die die Atomindustrie seit 1950 erhalten hat, mindestens 165 Mrd. Euro betragen. Nur Dank dieser Staatshilfen gelte Atomstrom heutzutage als vermeintlich günstiger Energieträger. Die Stein- und Braunkohle habe in der selben Zeit sogar von über 430 Mrd. Euro staatlichen Förderungen profitiert. **„Wer so lange von hohen Subventionszahlungen gelebt hat, kann nun auch einen Teil des Kuchens wieder abgeben und den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben“**, fordert Görres im Hinblick auf die Einführung der Brennelementesteuer und einem zusätzlichen Beitrag der Atomkonzerne zur Förderung Erneuerbarer Energien. Der Staat leiste sich trotz Haushaltskrise umweltschädliche Subventionen von mindestens 48 Mrd. Euro jährlich. Im krassen Widerspruch dazu stünde, dass wichtige Förderprogramme für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz derzeit massiv beschnitten würden. Unter anderem hat die Bundesregierung das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien deutlich gekürzt. Auch die erfolgreichen Förderprogramme zur energetischen Sanierung wurden in diesem Jahr auf 1,35 Mrd. Euro zurückgefahren, so dass vor kurzem ein För-

---

**GREEN BUDGET GERMANY (GBG) • FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT e.V.**

Schwedenstraße 15a · D-13357 Berlin · Fon/Fax +49-30-76 23 991-30/-59 · [foes@foes.de](mailto:foes@foes.de) · [www.foes.de](http://www.foes.de)

GLS Gemeinschaftsbank eG Konto 804 371 3000 · BLZ 430 609 67 · IBAN DE87430609678043713000

Gemeinnützig zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke laut Finanzamt München für Körperschaften

derstopp in Kraft gesetzt werden musste; für 2011 soll die Förderung sogar auf 400 Mio. Euro begrenzt werden. Im Jahr 2009 wurde mit 2,2 Mrd. Euro noch mehr als das Vierfache bewilligt. **„Diese widersprüchliche Finanzpolitik ist der eigentliche Skandal“**, ärgert sich Damian Ludewig, Geschäftsführer des FÖS.

Doch nicht nur die Subventions-, auch die Steuerpolitik stehe einer nachhaltigen Energiepolitik im Wege. Bisher verteuert der Staat durch Steuern und Abgaben v.a. die Schaffung von Arbeitsplätzen, statt die Kosten für Energieverschwendung zu erhöhen. Über 60 Prozent des Steuer- und Abgabenaufkommens gehen zulasten des Faktors Arbeit. Steuern auf Umweltverbrauch tragen mit deutlich weniger als 10 Prozent zu den Staatsfinanzen bei. **„Auch mit den geplanten Maßnahmen aus dem Sparpaket erreicht der Anteil der Umweltsteuern am gesamten Steuer- und Abgabenaufkommen nicht wieder das Niveau von 2003. Selbst wenn man eine sehr weite Definition von ökologischen Lenkungssteuern verwendet, beträgt dieser Anteil 2011 gerade mal 8,9 Prozent.“**, erklärt Ludewig. Politische Maßnahmen wie die Einführung der Brennelementesteuer und der Flugticketabgabe, oder der Abbau von Ökosteuerausnahmen wiesen zwar in die richtige Richtung. **„Weitergehende Maßnahmen sind aber unbedingt notwendig. Durch die ökofiskalischen Maßnahmen des aktuellen FÖS-Konzepts könnten mittelfristig die finanziellen Spielräume des Staates um jährlich rund 52 Mrd. Euro erweitert werden“**, so Ludewig weiter. Dies hätte auch positive Signalwirkung für andere europäische Staaten.

Für ein ambitioniertes, zukunftsfähiges Energiekonzept hat das FÖS einige Vorschläge zum Abbau umweltschädlicher Subventionen und zur gezielten Anhebung ökologischer Lenkungssteuern in den Bereichen Energieerzeugung, Gebäudewärme und Verkehr zusammengestellt. Durch diese Maßnahmen können die Anreize für mehr Energieeffizienz und den Umstieg auf Erneuerbare Energien entscheidend verbessert werden.

Unter [http://www.foes.de/pdf/2010-08-Energiekonzept\\_FOES-Vorschlaege.pdf](http://www.foes.de/pdf/2010-08-Energiekonzept_FOES-Vorschlaege.pdf) finden Sie eine kompakte Zusammenstellung der ökofiskalischen Vorschläge des FÖS zum Energiekonzept.

Die FÖS-Studien zu den staatlichen Förderungen der Atomenergie sowie der Stein- und Braunkohle stehen unter [http://www.foes.de/pdf/90903-Subventionen\\_Atomkraft\\_Endbericht-3%20li.pdf](http://www.foes.de/pdf/90903-Subventionen_Atomkraft_Endbericht-3%20li.pdf) und [http://www.foes.de/pdf/Kohlesubventionen\\_1950\\_2008.pdf](http://www.foes.de/pdf/Kohlesubventionen_1950_2008.pdf) zum Download bereit.

*Kontakt: Damian Ludewig, FÖS-Geschäftsführer (0170-8902680)*

Das FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Das FÖS setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Marktwirtschaft hat sich nach Auffassung des FÖS bisher als effizienteste Wirtschaftsform erwiesen. Um dem Menschen optimal zu dienen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss sie jedoch einen starken staatlichen Rahmen mit entsprechenden ökologischen und sozialen Leitplanken bekommen. Das FÖS unterstützt Bestrebungen, neben verlässlichen sozialen Sicherheitssystemen auch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik zu stärken.